

## Niederschrift Nr. 21 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

**Sitzungstermin:** Dienstag, 22.09.2009  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 19:30 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verw. gebäude II

### Anwesend:

**Vorsitzende**  
Meinen, Regina

**SPD-Fraktion**  
Mecklenburg, Rico für Helga Grix (bis 18:55 Uhr)  
Meyer, Elfriede  
Scheffel, Enno

**CDU-Fraktion**  
Risius, Andrea

**FDP-Fraktion**  
Fooken, Ralf

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Grundmandat**  
Schild, Walter

**Fraktion DIE LINKE. Grundmandat**  
Koziolk, Stephan-Gerhard

**Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder**  
Kruse, Helga  
Ryll, Sonja

**Beratende Mitglieder**  
Dietz, Ralf-Günter  
Hartmann, Reiner  
Ouedraogo, Abdou (bis 18:57 Uhr)  
Reibe, Ulf  
Spannhoff, Dagmar für Karin Ludolph-Dawe  
Sprengelmeyer, Thomas

**von der Verwaltung**  
Lücht, Richard  
Ubben, Wolfgang

**Protokollführung**  
Rauch, Agnes

**Gäste**  
Horch, Renate Ev. Familienbildungsstätte  
Middents, Sigrun Ev. Familienbildungsstätte  
Jeschke, Dietmar

## Niederschrift Nr. 21 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

### Öffentlicher Teil

**TOP 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Frau Meinen** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

**Beschluss:** Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 2** Feststellung der Tagesordnung

**Beschluss:** Die Tagesordnung wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 3** Genehmigung der Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.06.2009

**Beschluss:** Die Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.06.2009 wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 4** Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

### **B E S C H L U S S V O R L A G E N**

**TOP 5** Projektantrag der Gesellschaft für nachhaltige Lebensqualität;  
- Jobbrücke - Wege in die betriebliche Ausbildung für Jugendliche mit Lernbehinderungen  
Vorlage: 15/1319

**Herr Sprengelmeyer** führt aus, der Verwaltung läge ein Antrag der Gesellschaft für nachhaltige Lebensqualität vor. Derzeit werde bereits ein Projekt in Zusammenarbeit mit der ARGE, der Industrie- und Handelskammer, den Berufsbildenden Schulen, dem Ministerium für Soziales, dem Integrationsrat und verschiedenen Altenpflegeheimen durchgeführt. Es gehe in dem Antrag darum, Absolventen der Förderschule in die berufliche Qualifizierung zu führen. Eine Eingliederung sei natürlich für diese Zielgruppe besonders schwierig, wenn man bedenke, welche beruflichen Anforderungen heute gestellt würden und wie die Ausbildungsplatzsituation aussehe. Aus diesem Grunde wolle die Stadt Emden mit der Gesellschaft für nachhaltige Lebensqualität und anderen Beteiligten Modellprojekte entwickeln, die möglicherweise auch im Land und Bund Signalcharakter hätten, um für diese Personengruppe eine berufliche Eingliederung erwirken zu können.

Weiter erklärt Herr Sprengelmeyer, die Finanzierung sehe so aus, dass 85 % vom Bundesministerium übernommen würden und 15 % von der Stadt Emden selber aufgebracht werden

## Niederschrift Nr. 21 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

müssten. Seiner Ansicht nach sei dieses eine lohnende Investition. Aus diesem Grunde bitte er darum, diesen Antrag mit in die Haushaltsberatungen 2010 einzubeziehen.

Auf die Frage von **Herrn Fooker**, wer hinter dieser Gesellschaft stehe, antwortet Herr Sprengelmeyer, der Geschäftsführer sei Herr Jörg Hass-Tjaden, der ganz intensiv mit der ev. Kirchengemeinde in Wolthusen zusammenarbeite. Dort sei auch der Sitz dieser Gesellschaft.

**Frau E. Meyer** fragt an, ob es richtig sei, dass heute nur beschlossen werde, diesen Betrag mit in die Haushaltsberatungen aufzunehmen. **Herr Sprengelmeyer** bestätigt dieses.

**Herr Schild** ist der Meinung, es sollte auf jeden Fall beschlossen werden, die Förderung des Projektes mit in die Haushaltsberatungen aufzunehmen. Er bittet um Auskunft, um welche Berufe es sich bei theoriereduzierten Sonderberufen handele.

**Herr Sprengelmeyer** erklärt, das leite sich aus dem Projekt ab, welches derzeit durchgeführt werde. Es handele sich dabei um eine zweijährige Ausbildung zu Assistenzkräften in Altenpflegeheimen. Dieses würde man gerne auch auf andere Arbeitsbereiche erweitern, die ausdrücklich nicht im Pflegebereich angesiedelt seien, sondern im Rahmen hausmeisterlicher Tätigkeiten, Küchentätigkeiten usw. Hier sei man zwar noch in der Modellphase, aber der Ausbildungsplan sei tatsächlich über die IHK genehmigt worden und somit laufe alles seinen Gang. Ende 2009 bzw. Mitte 2010 sei man dann soweit, dass man auch in eine Verstetigung kommen könne und dass weitere Ausbildungsberufe definiert würden, die dann auch anerkannt seien.

**Herr Mecklenburg** bemerkt, dieses sei eine ganz wichtige Sache auch gerade für Schülerinnen und Schüler mit Benachteiligungen vielfacher Art, um einen Weg in die Ausbildung und in den Beruf zu finden. Dafür benötigten sie auch eine professionelle Begleitung. Von daher sei die Vorlage sehr zu begrüßen. Seiner Ansicht nach gäbe der Jugendhilfeausschuss mit diesem Beschluss den Weg frei, damit die Förderung beim Ministerium beantragt werden könne. Doch sei der Beschluss ein bisschen vage, wenn man sage, dass die Förderung des Projektes in die Haushaltsberatungen für 2010 mit einbezogen werden sollten. Herr Mecklenburg ist der Meinung, dass es besser sei, wenn die Verwaltung dieses in den Haushaltsplan mit aufnehme. Bei den Haushaltsberatungen sei es immer so, dass aufgrund der vielen Wünsche nicht garantiert werden könne, dass dieses Projekt auch tatsächlich in den Haushalt 2010 hineinkommt.

**Herr Sprengelmeyer** erklärt, selbstverständlich könne die Politik die Verwaltung beauftragen, dieses in den Haushalt 2010 aufzunehmen.

**Herr Mecklenburg** beantragt, den Beschluss dahingehend zu ändern, dass die Förderung des Projektes mit in den Haushalt 2010 aufgenommen werde.

**Frau Meinen** lässt zunächst über den Antrag von Herrn Mecklenburg abstimmen.

Ja: 8	Nein: 0	Enthaltungen: 0
-------	---------	-----------------

**Frau Meinen** lässt nunmehr über die ursprüngliche Beschlussvorlage abstimmen.

Ja: 0	Nein: 8	Enthaltungen: 0
-------	---------	-----------------

### abweichender

#### Beschluss:

Die Förderung des Projekts *Wege in die betriebliche Ausbildung für Jugendliche mit Lernbehinderungen* wird in den Haushalt 2010 mit einbezogen.

#### Ergebnis:

einstimmig

## Niederschrift Nr. 21 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

**TOP 6** Förderung von Maßnahmen "Keine Gewalt gegen Kinder und Jugendliche"  
Vorlage: 15/1317

**Herr Lücht** erklärt, wie bereits im letzten Jahr werde auch im Haushaltsjahr 2009 vorgeschlagen, den städtische Zuschuss in Höhe von 900 € für die Anlauf- und Beratungsstelle der AWO für Kinder, Jugendliche und Frauen, die von sexueller Gewalt betroffen seien, aufzustocken.

**Frau E. Meyer** bemerkt, dieses sei wieder ein Beispiel dafür, dass das Land etwas beginne, sich dann im Laufe der Zeit wieder zurückziehe und die Kommunen müssten dann dafür gerade stehen. Dennoch werde ihre Fraktion das Geld zur Verfügung stellen, da es eine gute Sache sei.

Auf die Frage von **Frau Ryll**, ob es sich bei der Summe von 900 € um einen zusätzlichen Betrag handelte, entgegnete **Herr Lücht**, es gehe um 900 €, die zu dem im Haushalt schon geregelten Zuschuss dazukämen.

**Beschluss:** Der Zuschussbetrag für die Anlauf- und Beratungsstelle der AWO, Kreisverband Emden, für Kinder, Jugendliche und Frauen, die von sexueller Gewalt betroffen bzw. bedroht sind, wird für das Haushaltsjahr 2009 um 900 € erhöht.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 7** Familienlotsen / Qualifizierung ehrenamtlicher Tätigkeiten im Bereich der Förderung der Erziehung in der Familie  
Vorlage: 15/1320

**Herr Sprengelmeyer** erklärt, Frau Horch und Frau Middents von der Ev. Familienbildungsstätte würden gleich das Konzept Familienlotsen vorstellen. Dabei handele es sich um eine Initiative des Landes, die darauf ziele, Ehrenamtliche weiterzuqualifizieren, um sie dann im Bereich der Jugend- und Familienhilfe einzusetzen. Die Verwaltung habe das Konzept aufgenommen und weiterentwickelt. Er bemerkt, man befinde sich hier in einem ganz sensiblen Bereich, denn qualifizierte ehrenamtliche Menschen würden Familienproblematiken kennenlernen und mit ganz unterschiedlichen Wert-, Norm- und Moralvorstellungen konfrontiert werden.

Herr Sprengelmeyer führt weiter aus, die Verwaltung habe sich in Zusammenarbeit mit der Familienberatungsstätte und dem Deutschen Kinderschutzbund überlegt, dass man mit den Projekt Familienlotsen gerne weiterarbeiten möchte. Zum Schutz der Familien und auch zum Schutz der Familienlotsen werde eine regelmäßige Supervision eingeführt, um möglicherweise Dinge aufarbeiten zu können. Ebenfalls müsse ein kontinuierliches Fortbildungsprogramm aufrechterhalten werden, um einige Themen vertiefen zu können. Auf seine Nachfrage beim Land Niedersachsen habe er die Antwort bekommen, dass eine Verstetigung und Qualifizierung durch das Land nicht angedacht sei. Dennoch wolle die Verwaltung das Projekt als Emdener Modell aufrechterhalten. Dieses würde bedeuten, dass hier jährlich ein Betrag von 6.000 € für den Bereich Fortbildung und Supervision eingesetzt werden müsse. Für dieses Jahr seien die Kosten im Budget vorhanden und auch für das nächste Jahr könnten sie über das Budget des Fachbereichs zur Verfügung gestellt werden.

**Frau Horch** und **Frau Middents** stellen ausführlich das Konzept des Projektes Familienlotsen vor.

**Frau Meinen** bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

## Niederschrift Nr. 21 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

**Herr Fooken** fragt an, wie die Familien überhaupt auf dieses Projekt aufmerksam gemacht würden und wie man sich den Ablauf vorstellen müsse, wenn eine Familie einen größeren Bedarf als drei Stunden pro Woche habe.

**Frau Middents** entgegnet, wenn eine Familie Hilfe benötige, wende sie sich an die Familienbildungsstätte. Dieses sei eine freiwillige Entscheidung. Sie selber habe sich an Schulsozialarbeiter und Leiterinnen von Kindertageseinrichtungen gewandt, um auf dieses Projekt aufmerksam zu machen. Die Familien müssten sich aber selber melden und würden nicht geschickt werden.

**Herr Sprengelmeyer** ergänzt, zwischen der Familienbildungsstätte und der Stadt Emden bestehe eine ganz enge Kooperation, sodass eine Familie sich auch an den Fachbereich wenden könnte, wenn eine professionelle Beratung über den ehrenamtlichen Bedarf hinaus erforderlich sein sollte.

**Frau Middents** erklärt, wenn eine Familie einen Bedarf habe, werde eine Vereinbarung getroffen für einen ganz klar umrissenen Auftrag. Wenn es sich nach Ablauf der vereinbarten Zeit zeige, dass weiterer Bedarf bestehe und ein Erziehungslotse damit überfordert sei, dann werde professionelle Hilfe geholt.

**Herr Ouedraogo** fragt an, wie die Beteiligung der Menschen mit Migrationshintergrund in diesen Gruppen sei.

**Frau Middents** antwortet, keiner der Kursteilnehmer habe einen Migrationshintergrund. Lediglich eine Frau sei im ersten Kursus dabei gewesen, die ein afrikanisches Kind adoptiert habe und in diesem Bereich Erfahrung sammeln konnte.

**Frau Ryll** stellt fest, dass im Moment die Anzahl der Familienlotsen den Bedarf übersteige. Sie halte dieses Projekt für eine gute Sache und schlage vor, mehr Werbung in den Kindergärten, Grundschulen etc. zu machen. Ihrer Ansicht nach sei die von Migrantenfamilien zu überwindende Barriere, sich an die Familienbildungsstätte zu wenden, noch größer als bei einheimischen Familien. Abschließend stellt sie die Frage, wer die Mittel bekommen würde.

**Herr Fooken** spricht sich auch dafür aus, über dieses Projekt die Lehrerinnen und Lehrer in den Grundschulen zu informieren, um so den Bekanntheitsgrad weiter zu steigern.

**Frau Middents** entgegnet, die örtlichen Grundschulen seien bereits zweimal angeschrieben worden und hätten auch Informationsmaterial erhalten.

**Herr Sprengelmeyer** schlägt vor, eine Vorstellung des Projektes der Familienlotsen auch einmal im Integrationsrat durchzuführen. Dadurch könnte einerseits das Interesse von Personen mit Migrationshintergrund an einem solchen Kursus geweckt werden. Zum anderen könne somit auf die Möglichkeit der Familienlotsen hingewiesen werden.

Hinsichtlich der Kosten erklärt Herr Sprengelmeyer, diese 6.000 € würden für die Fortbildung und die Supervision ausgegeben. Es handele sich um keine Förderung des Kinderschutzbundes oder der Familienbildungsstätte.

**Herr Dietz** erklärt, er halte das Konzept für schlüssig. Seines Erachtens mache es viel Sinn, Familien zu unterstützen. Er schließt sich der Meinung von Herrn Fooken an, dass das Projekt insgesamt noch im Bekanntheitsgrad gesteigert werden müsse. Aus diesem Grunde lädt er zur ersten Sitzung des Arbeitskreises Jugendhilfe und Schule ein, um hier das Konzept vorstellen zu können. Er halte einen persönlichen Austausch für erfolgversprechender als nur ein Schreiben an die Grundschulen.

## Niederschrift Nr. 21 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

**Frau E. Meyer** bedankt sich bei den Personen, die sich als Familienlotsen zur Verfügung stellen. Sicherlich sei dieses nicht immer einfach. Sie fragt an, in welcher Altersgruppe diese Personen seien.

**Frau Middents** führt aus, diese Personengruppe sei sehr gemischt.

**Frau Spannhoff** berichtet, Frau Middents habe das Konzept der Erziehungslotsen auf dem Emdener Leiterinnentreffen vorgestellt. Somit hätten alle Kindertagesstätten in Emden die Programme der Erziehungslotsen ausliegen. Weiter gibt sie zu Bedenken, dass dieser Bereich sehr sensibel sei. Man könne nicht kurz nach Beginn des Kindergartenjahres die neuen Eltern, die evtl. einen Bedarf hätten, auf diese Sache ansprechen. Es müsse zunächst eine Grundlage geschaffen werden, um mit den Eltern gut ins Gespräch zu kommen. Dieses sei ein sehr heikles Thema, mit dem sehr sensibel umgegangen werden müsse.

**Herr Schild** bemerkt, das Konzept höre sich wirklich sehr gut an. Manchmal würde eine nicht-professionelle Hilfe ausreichen. Zudem sei die Schwellenangst nicht dabei, die oftmals in Bezug auf Behörden vorhanden sei. Wenn die Probleme tatsächlich größer würden, dann sei es in der Tat ein sehr guter Weg, die zuständige Stelle einzuschalten.

**Beschluss:** Die Stadt Emden fördert die Qualifizierung ehrenamtlicher Tätigkeiten im Bereich der Erziehung in der Familie (§ 16 SGB VIII) mit einem jährlichen Betrag von 6.000 €. Die erforderlichen Mittel sind über das Budget des FB 600 sicherzustellen.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 8** Ernährungs- und Verpflegungskonzept;  
- Gesundes Frühstück, Verstetigung und Elternbildung an Grundschulen  
Vorlage: 15/1321

**Herr Sprengelmeyer** erklärt, in diesem Tagesordnungspunkt beschäftige man sich mit dem Bereich Gesundheit und Gesundheitsförderung. Bei der Vorstellung des 2. Emdener Gesundheitsberichts habe man verfolgen können, wie bedeutend gerade dieses im frühkindlichen Bereich sei. Wichtig sei es auch, die Projekte zu verstetigen, zur Nachhaltigkeit zu bringen und die Eltern zu qualifizieren. Genau in diese Thematik falle dieses Projekt, was den Ratsmitgliedern bereits in der letzten Schulausschuss-Sitzung vorgestellt worden sei. Das Projekt sei aus einer Verknüpfung mehrerer Ansatzpunkte zustande gekommen. Im Rahmen des Maßnahmenkataloges aus dem Modellprojekt zur Stärkung der Hauptschulen habe man gleichzeitig versucht, die Entwicklung des Ernährungs- und Verpflegungskonzeptes zu verstetigen und zur Nachhaltigkeit zu führen und Eltern, Kinder, Lehrer und Erzieher zu qualifizieren. Aus diesen Überlegungen heraus habe in Zusammenarbeit mit dem Niko-Projekt und verschiedenen Schulen dieses Projekt entwickelt, welches darauf ziele, ein gesundes Frühstück vorzuhalten.

Herr Sprengelmeyer erklärt weiter, das Projekt sei auch so anzulegen, dass es in die Konzepte der Einrichtungen aufgenommen werde und sich so verselbstständige, dass die Eltern später dieses Projekt möglichst eigenständig weiterführen können. Bei der Vorstellung im Schulausschuss sei ersichtlich gewesen, wie erfolgreich das Projekt bereits sei. Vor den Sommerferien hätten sich ca. 50 % der Eltern dafür ausgesprochen, eine aktive Rolle an dieser Schule zu übernehmen. Somit sei man jetzt in der Situation, dass an der Emsschule dieses Frühstück von einer Elterngruppe auch weiterhin vorgehalten werden könne. Für die Durchführung des Projekts sei über die AWO eine hauswirtschaftliche Fachkraft mit einer halben Stelle angestellt

## Niederschrift Nr. 21 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

worden. Diese Kraft könne nun an anderen Standorten ähnliche Projekte durchführen, um dann letztendlich auch im Grundschulbereich flächendeckend arbeiten zu können.

Abschließend stellt Herr Sprengelmeyer fest, mit dem Mitteleinsatz sei ein unheimlich hoher Effekt eingetreten, wenn man bedenke, für wie wichtig das Thema in den Familien erachtet werde. Es werde angestrebt, auch über die nächsten vier Jahre die entsprechenden Mittel aus dem Fachbereich für das Projekt zur Verfügung zu stellen.

**Frau Risius** bemerkt, sie sehe das Projekt auch als sehr wichtig an. Es sei sehr erschreckend, wenn man bedenkt, wie viele Kinder ohne Frühstück morgens zur Schule gehen würden. Sie berichtet von der Zertifizierung des AWO-Kindergartens „Am Wasserturm“ durch den Kneippbund und regt an, eine Zusammenarbeit mit dem Kneippbund anzustreben.

**Frau Ryll** ist der Ansicht, dass auch warmes Mittagessen in allen Einrichtungen bis zur Klassenstufe 4 angeboten werden müsste. Sie fragt an, ob hierbei auch möglich sei, Obst für die Kinder anzubieten. Das Land Niedersachsen habe im Moment noch keine positiven Signale gesendet. Weiter bittet sie um Auskunft, ob die 20.000 € ausschließlich Personalkosten seien.

**Herr Ouedraogo** begrüßt es, dass dieses Projekt nunmehr auf alle Grundschulen ausgeweitet werden solle. Es gehe darum, dass die Kinder auch andere Nahrungsmittel kennenlernen würden. Er berichtet aus eigener Erfahrung, wie erstaunt manche Kinder gewesen seien, als er mit ihnen frische Nahrung zubereitet habe.

**Frau Spannhoff** erklärt, sie freue sich über die Zertifizierung des Kindergartens „Am Wasserturm“. Weiter führt sie aus, die Gesundheitsförderung sei bei den Kindertageseinrichtungen überall ein Thema. In den Einrichtungen kristallisiere sich aber heraus, dass selbst dreijährige Kinder schon Geld in Hand bekämen, um sich morgens schnell noch ein Brötchen kaufen zu können. Die Kinder seien fasziniert davon, wenn in den Gruppen Gemüse und Obst aufgeschnitten würde. Doch es gäbe tatsächlich auch Kinder, die noch nie eine Birne gegessen hätten. Insofern würde sie es unterstützen, wenn dieses Projekt in den Schulen weitergeführt werde.

**Herr Schild** betont, in dem Gesundheitsbericht sei deutlich gemacht worden, wie groß der Bereich Ernährung sei. Es bestehe die Notwendigkeit, dass in den Grundschulen im Hinblick auf gesunde Ernährung nachgearbeitet werden müsse. Oft müsse aber auch noch weiter zurückgegangen werden, sodass man bereits im Kindergarten damit anfangen müsse. Er begrüße es ausdrücklich, dass dieses schon in vielen Kindertageseinrichtungen gemacht werde. Doch seiner Meinung nach wäre es gut, wenn das vorgestellte Konzept weiter durchgeführt werde. Man müsse seines Erachtens dazu übergehen, Ernährungswirtschaft auch in den höheren Klassen anzubieten. Er selber habe am Wochenende in der Fußgängerzone mit Kindern Nudeln gekocht und es sei erstaunlich gewesen, wie begeistert alle davon gewesen seien, was man aus Mehl, Eiern, Salz und Öl machen könne. Kinder seien sehr interessiert an Ernährung und würden sich gerne damit auseinandersetzen. Doch sie bräuchten jemanden, der sie begleitet und ihnen die Vielfalt zeige.

**Herr Sprengelmeyer** erklärt, das Land Niedersachsen wolle sich an dem Projekt „Freies Obst in den Schulen“ noch nicht beteiligen. Die Verwaltung habe allerdings darüber nachgedacht, ob man nicht in irgendeiner Form im Rahmen des Ernährungskonzeptes etwas ermöglichen könne. Hinsichtlich des Kostenanteils bemerkt er, dieses sei unterschiedlich organisiert. An der Emschule beteiligten sich die Eltern. Da jedoch an den einzelnen Standorten die Projekte unterschiedlich zugeschnitten seien, sei dieses auch unterschiedlich geregelt. Weiter bemerkt Herr Sprengelmeyer, die 20.000 € seien im Wesentlichen Personalkosten, aber auch Materialkosten seien enthalten.

## Niederschrift Nr. 21 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Abschließend lädt Herr Sprengelmeyer Herrn Schild ein, bei der nächsten Ferienpassaktion einen Kochkursus durchzuführen.

**Herr Mecklenburg** schlägt vor, analog zum Tagesordnungspunkt 5 auch hier den Beschluss umzuformulieren. Er beantragt, den Beschluss abzuwandeln und das Modellprojekt nicht nur in die Haushaltsberatungen mit einzubeziehen, sondern in den Haushalten 2010 bis 2013 zu berücksichtigen.

**Herr Sprengelmeyer** erinnert daran, dass es den Haushalt 2010 noch nicht gäbe, da dieser erst vom Rat beschlossen werden müsse. Es gäbe sozusagen einen Eckwert, der auch bekannt sei. Wenn man jetzt in eine bestimmte Größenordnung gehe, dann bekomme der Fachbereich langsam Schwierigkeiten und müsse irgendwann sagen, wenn das eine beschlossen worden sei, müsse dafür etwas Anderes gelassen werden. Er bittet darum, zunächst einmal den Beschlussvorschlag so zu belassen und das Projekt bei den Haushaltsberatungen zu berücksichtigen. Der Kämmerer weist zu Recht immer wieder darauf hin, wie die finanzielle Situation in den nächsten Jahren aussehen werde. Der Rat müsse den Haushalt beschließen und sich entscheiden, wo er seinen Prioritäten setze.

**Herr Mecklenburg** erklärt, das sei ihm vollkommen klar. Aber es sei etwas anderes, wenn die Verwaltung von sich aus aufgrund der Grundlage eines Beschlusses des Jugendhilfeausschusses dieses in den Haushalt aufnehme. Seiner Meinung nach müsse das, was als Ansatz vorhanden sei, nicht mehr gegen andere Sonderwünsche abgewogen werden. Wenn der Jugendhilfeausschuss einen Beschluss gefasst habe, dann müsse die Verwaltung ihn umsetzen. Das dürfe natürlich nicht zu Lasten von anderen Dingen in diesem Bereich gehen.

**Herr Fooker** stimmt den Ausführungen von Herrn Mecklenburg zu. Er bittet um Auskunft, ob hier die Chance bestehe, etwas über Sponsoring zu machen.

**Herr Sprengelmeyer** führt aus, selbstverständlich müsse man über Sponsoring in diesem Verpflegungskonzept nachdenken und darüber diskutieren. Sicherlich würde es Händler geben, die hier etwas zur Verfügung stellten. Doch werde das nie in einem größeren Rahmen sein, sodass die Personalkosten abgedeckt werden könnten.

**Frau Meinen** lässt zunächst über den Änderungsantrag von Herrn Mecklenburg abstimmen.

Ja: 8	Nein: 0	Enthaltungen: 0
-------	---------	-----------------

**Frau Meinen** lässt anschließend über die Beschlussvorlage abstimmen.

Ja: 0	Nein: 8	Enthaltungen: 0
-------	---------	-----------------

### abweichender

#### Beschluss:

Die weitere Förderung des bisherigen Modellprojekts „Gesundes Frühstück an der Emsschule“ ist in den Haushalten 2010 bis 2013 zu berücksichtigen. Angestrebt wird die Erweiterung auf alle Grundschulstandorte für einen Modellzeitraum von vier Jahren.

#### Ergebnis:

einstimmig



## Niederschrift Nr. 21 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

### MITTEILUNGSVORLAGEN

**TOP 9** Bericht über das Jugendlager St. Desir  
Vorlage: 15/1322

**Herr Sprengelmeyer** erklärt, das Jugendlager in St. Désir sei bereits zum 43. Mal durchgeführt worden. Etwas Vergleichbares gäbe es seiner Meinung nach kaum in der Bundesrepublik. Dieses Projekt habe sich über Jahre hinweg mit den beteiligten deutschen, französischen und russischen Jugendlichen zu etwas ganz Besonderem entwickelt. Die Auseinandersetzung mit Krieg und Frieden sei heute so aktuell wie damals. Er bemerkt, es sei immer wieder sehr beeindruckend, das Jugendlager zu besuchen und die Arbeit der Jugendlichen anzuschauen. In den letzten Jahren sei es eine mittlerweile gute Tradition, dass alle fünf Ratsfraktionen sich an der Wochenendfahrt, die in der Mitte des Jugendlagers durchgeführt werde, beteiligen würden. Dem Jugendhilfeausschuss werde nunmehr ein Film präsentiert, der im Grunde genommen alles sagen würde.

Anschließend erinnert Herr Sprengelmeyer daran, dass Herr Erwin Petrikewitz dieses Jugendlager vor 43 Jahren ins Leben gerufen habe. Ihm sei auf einem Friedensweg zwischen dem deutschen und englischen Soldatenfriedhof ein Gedenkstein gesetzt worden.

**Herr Jeschke** zeigt nunmehr ein Video über das Jugendlager St. Désir aus dem Jahre 2008.

**Frau Meinen** bedankt sich bei Herrn Jeschke für diesen eindrucksvollen Film und erklärt, der Einsatz der ehrenamtlichen Betreuer halte das Jugendlager auch weiter in Bewegung. Der Rat der Stadt Emden werde diese wichtige Begegnung weiterhin unterstützen, damit das Jugendlager noch lange bestehen bleibe.

**Frau E. Meyer** dankt Herrn Jeschke für seinen Einsatz, dass er das Jugendlager im Sinne von Erwin Petrikewitz weiterführe.

**Herr Dietz** bedankt sich ebenfalls für diese beeindruckende Dokumentation. Er schlägt vor, diesen Film auch den Schulen zugänglich zu machen, damit die Schüler im Rahmen des Geschichtsunterrichts sehen, dass sie auch heutzutage aktiv etwas zur Versöhnung beitragen könnten. Auch könnte die Vorführung die Wirkung haben, dass sich der eine oder andere Jugendliche für das Jugendlager anmelden würde.

**Herr Schild** berichtet, er habe bereits einige Male an dieser Fahrt teilgenommen. In diesem Lager würden sich die jungen Leute mit Krieg, Tod und allem, was damit verbunden sei, wirklich auseinandersetzen. Er würde es ausdrücklich begrüßen, wenn das Camp weiterhin bestehen bleibe, weil es eine wichtige Erfahrung für die Jugendlichen dort sei.

**Frau Ryll** erklärt, ihr seien parallel zum Film Bilder der Zwangsarbeiter von Esterwegen und Engerhufe durch den Kopf gegangen. Sie fragt an, inwieweit man hier in Emden den Jugendlichen einen Workshop anbieten könne, welcher sich dieses Themas annehme. Ihrer Ansicht nach sei es durchaus dringend notwendig, den Jugendlichen hier die Geschichte vor Ort nahezubringen. Weiter erkundigt Frau Ryll sich, ob die Jugendlichen auch erforscht hätten, inwieweit die einzelnen Personen an deutschen Verbrechen in Frankreich beteiligt gewesen seien. Weiter bemerkt sie, auch in Afghanistan herrsche Krieg und deutsche Soldaten seien wieder im Krieg aus verschiedenen Beweggründen. Sie habe nicht unbedingt den Eindruck gehabt, dass es hier um die tatsächliche Verantwortung gegenüber der deutschen Geschichte gegangen sei. Obwohl viel von Versöhnung die Rede gewesen sei, seien im Prinzip nicht alle gleiche Opfer.

## Niederschrift Nr. 21 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

**Herr Jeschke** entgegnet, es habe zeitgleich zu diesem Jugendlager im Jahre 2008 ein Internationales Jugendlager in Esterwegen vom Volksbund gegeben. Daran seien sieben Nationen hauptsächlich aus dem Ostblock beteiligt gewesen. Weiter führt er aus, im Jugendlager in St. Désir habe man sich auch mit dem Thema Kriegsverbrecher anhand von zwei Fallbeispielen beschäftigt. Es werde durchaus zwischen Tätern und Opfern unterschieden. Hinsichtlich der Einzelschicksale erklärt Herr Jeschke, hier wisse man nicht genug, um sagen zu können, es seien Kriegsverbrecher. Man arbeite mit den vorhandenen Unterlagen und Fotos und könne nichts auf diese Gesichter konstruieren, was es nicht gegeben habe.

**Frau Spannhoff** bedankt sich ebenfalls. Ihrer Ansicht nach sei das Ganze nicht nur sehr beeindruckend, sondern auch äußerst bewegend. Sie würde es begrüßen, wenn dieser Film jungen Menschen zur Verfügung gestellt werden könnte als sichtbares Zeichen dafür, dass man in Deutschland durchaus über Potential von Menschen verfüge, die sich auch für die Friedenspolitik einsetze. Das sei heute wichtiger als denn je.

**Herr Fooken** spricht auch seinen Dank für den sehr gut aufbereiteten Film aus. Er stelle fest, wie wichtig es sei, den Kindern zu vermitteln, wie gut es sei, hier in Frieden und Freiheit zu leben. Hinsichtlich der Äußerung von Frau Ryll zum Thema Afghanistan erinnert Herr Fooken an die Aussage von Herrn Garrelt Duin auf einer Podiumsdiskussion, dass die deutschen Soldaten sich vielleicht in einer Art Krieg dort befinden würden. Man müsse aber bedenken, aus welchem Grunde und mit welchem Ziel sie dort seien.

**Frau Risius** schließt sich den Worten von Herrn Fooken an und bedankt sich bei Herrn Jeschke und seinem Team. Sie sei schon einige Mal in St. Désir gewesen und freue sich immer, dass das Zusammenwirken der Bundeswehr mit den Sponsoren, den Jugendlichen aus Emden und Umgebung und den Jugendlichen aus Archangelsk sehr gut sei. Im Namen aller Fraktionen, die in immer größerem Maße an dem Wochenende beteiligt seien, sagt Frau Risius die Unterstützung zu, damit das Jugendlager in St. Désir auch weiterhin so bleiben könne.

**Herr Ouedraogo** bedankt sich ebenfalls und erklärt, wer sich mit Jugendlichen beschäftige, wisse, wie zeitaufwendig es sei und wie viel Energie man benötige. Er sei der Ansicht, wenn es gelingen würde, dass die Jugendlichen Krieg ablehnen würden, dann habe man viel erreicht. Daher sei diese Arbeit sehr sinnvoll.

**Herr Mecklenburg** erklärt, er könne das Gesagte nur unterstreichen. Er sei in den letzten Jahren auch immer mitgefahren. Weiter betont er, wenn Herr Sprengelmeyer sich nicht so stark über das normale Maß seiner dienstlichen Tätigkeit hinaus engagieren würde, dann würde das Ganze auch nicht zustande kommen. Aus diesem Grunde wolle er sich auch bei Herrn Sprengelmeyer bedanken. Weiter bemerkt Herr Mecklenburg, ein weiterer Nebeneffekt sei auch, dass die Arbeit im Rat sich dadurch verändert habe.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**TOP 10** Einrichtung einer bedarfsgerechten neuen Hortgruppe unter der Trägerschaft der Martin-Luther-Kirchengemeinde bei der Grundschule Wolthusen  
Vorlage: 15/1210/1

**Herr Ubben** erläutert ausführlich die Vorlage.

**Frau Meinen** bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Schild** erklärt, aus der Vorlage sei ersichtlich, dass es in Emden um Hortplätze schlecht bestellt sei und die Notwendigkeiten bestehe, ca. 40 zusätzliche Hortplätze zur Verfügung zu

## Niederschrift Nr. 21 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

stellen. Weiterhin bestehe ein großer Mangel, da durch den Einsatz schlecht bezahlter Tagesmütter in der Tagespflege dieser nicht kompensiert werden könne. Es stelle sich die Frage, ob es sich unter den gegebenen Bedingungen bei der Betreuung von Kindern durch Tagesmütter überhaupt um eine echte Alternative handle. Er bittet um Beantwortung der Frage, wie viel Geld von den genannten monatlichen 840 € nach Abzug aller Kosten den betreuenden Tagesmüttern bleibe. Seines Erachtens könne hier eher von einer ehrenamtlichen Tätigkeit gesprochen werden. Bei diesem Ansatz laufe es darauf hinaus, dass Kinder zu Dutzendware verkommen würden, wenn Kinderbetreuung sich finanziell lohnen sollte. Nur durch einen bestimmten Ansatz von betreuenden Kindern sei gewährleistet, dass ein akzeptabler Stundenlohn erreicht werde. Das bestehende Problem der Unterversorgung mit Hortplätzen könne nur durch die Einrichtung neuer Hortplätze oder durch eine bessere Entlohnung der Tagesmütter gelöst werden, damit auch im Einzelfall eine Betreuung ermöglicht werden könne. Das Problem der Versorgung von Kindern bestehe weiterhin und auch die Frustration über die schlechten Betreuungsbedingungen der Kinder für berufstätige Eltern bleibe ebenfalls bestehen, solange keine Hortplätze geschaffen würden. Herr Schild ist der Ansicht, dass die Parteien sich mit diesem Problem beschäftigen müssten. Ihm sei bewusst, dass dieses Geld kosten werde. Aber seiner Meinung nach dürften hier die berufstätigen Eltern nicht allein gelassen werden.

**Herr Ubben** stimmt Herrn Schild zu und bemerkt, es würden Hortplätze benötigt. Tagesmütter seien zwar eine Lösung, aber keine Ideallösung. Hinsichtlich der Berechnung des Einkommens einer Tagesmutter sagt er eine Beantwortung über das Protokoll zu.

*Anmerkung der Protokollführung:*

*Eine konkrete Angabe, welches zu versteuernde Einkommen einer Tagespflegeperson verbleibt, wenn diese ein oder mehrere Kinder betreuen, kann nicht abgegeben werden. Verschiedene Faktoren beeinflussen die Berechnung. dabei handelt es sich immer um Einzelfallberechnungen. Folgende Faktoren spielen eine Rolle: Ist die Tagespflegeperson alleinstehend oder verheiratet? In welcher Steuerklasse ist die Tagespflegeperson eingestuft? Erfolgt die Betreuung eines oder mehrerer Kinder im eigenen Haushalt (dann bestünde die Möglichkeit, eine Betriebskostenpauschale abzusetzen) oder erfolgt die Betreuung in fremden Räumen (dann könnten Mietkosten oder im günstigeren Fall Betriebskostenpauschalen pro betreutem Kind abgesetzt werden)? Wie viele Kinder werden betreut und in welchem zeitlichen Umfang?*

*Da es aufgrund der Vielzahl der Möglichkeiten keine einheitliche Berechnung gibt, kann leider auch nicht mitgeteilt werden, was im Einzelfall für die Tagespflegepersonen zur Verfügung gestanden hat, die in Wolthusen eingesetzt werden sollten. Abschließend sei noch darauf hingewiesen, dass ein –finanzieller und /oder inhaltlicher Vergleich- von Tagespflege auf der einen Seite und Betreuung durch pädagogisches Personal auf der anderen Seite (z. B. Hort) nicht möglich ist, da es sich um unterschiedliche Leistungen mit unterschiedlichen Zielsetzungen handelt.*

*Weitere Informationen zu Berechnungen stehen in der Informationsbroschüre „Kindertagespflege – eine neue berufliche Perspektive“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Verfügung.*

**Herr Sprengelmeyer** betont, Tagespflege könne keine Hortplätze ersetzen. Das Emdener Konzept, welches der Rat einstimmig verabschiedet habe, würde vorsehen, dass Tagespflege eine Ergänzung zu Regelangeboten sei. Eine pädagogische Förderung, wie sie in Kindertageseinrichtungen angeboten würde, könne von einer Einzelperson so nicht vorgehalten werden. Aus diesem Grunde handle es sich immer nur um ein ergänzendes und sinnvolles Angebot, da Tagespflege zu allen Tages- und Nachtzeiten einsetzbar sei und dort greife, wo ein Betreuungsangebot gebraucht werde.

## Niederschrift Nr. 21 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Herr Sprengelmeyer führt weiter aus, es würde in Emden schwierig sein, interessierte Tagespflegepersonen zu finden. Es lägen durchaus Anfragen im Bereich der Tagespflege vor. In dem Fall in Wolthusen sei es auch so gewesen, dass die Tagespflegeperson eine erzieherische Ausbildung habe. Das komme natürlich noch erschwerend hinzu, wenn in dem Rahmen die Bezahlung erfolge. Mit dieser Thematik werde man sich im Jugendhilfeausschuss noch öfter beschäftigen müssen. Im Rahmen der nächsten Ausbauplanung wolle man in die Richtung gehen, zunehmend Hortplätze an den Grundschulen einzurichten, um somit auch mit der Ferienbetreuung weiterzukommen. Es mache Sinne, die Konzepte mit den jeweiligen Schulen und betroffenen Kindertagesstätten aufzubauen.

**Frau E. Meyer** erinnert daran, dass gerade in den letzten Jahren der Jugendhilfeausschuss und der Fachdienst auf diesem Gebiet einiges umgesetzt hätten. Das dürfe nicht vergessen werden, dennoch müsse man diesen Bereich weiter ausbauen.

**Herr Schild** bemerkt, er verstehe die Vorlage so, dass die Tagesmütter, die dort angesprochen worden seien, die Arbeit aufgrund des geringen Verdienstes abgelehnt hätten. Das zeige deutlich, dass der Verdienst so nicht richtig sei. Es werde der Sache nicht gerecht, wenn es sich finanziell nicht lohnen würde.

**Herr Fooken** erklärt, die Stundensätze würden sich nur auf ein Kind beziehen. Wenn eine Tagesmutter mehrere Kinder betreue, habe sie auch dementsprechend mehr Geld zur Verfügung.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**TOP 11** Bericht über den Ferienpass 2009  
Vorlage: 15/1323

**Herr Reibe** erläutert anhand einer PowerPoint-Präsentation die Entwicklung des Ferienpasses in den Jahren 2006 bis 2009. Diese Präsentation ist im Internet unter [www.emden.de](http://www.emden.de) einsehbar.

Weiter führt Herr Reibe aus, in den vergangenen Jahren sei der Ferienpass über einen Werkvertrag von Herrn Ulfert Grotrian durchgeführt worden. Dieser Vertrag sei nunmehr ausgelaufen und werde nicht verlängert, sodass ab dem nächsten Jahr eine feste Stelle im Stellenplan für den Ferienpass vorgesehen sei. Er hoffe, dass mit dieser Stelle die negative Entwicklung, die sich im Ferienpass abzeichne, aufgefangen werden könne.

**Herr Hartmann** fragt an, wie viele Personen beim Losverfahren nicht berücksichtigt worden seien.

**Herr Reibe** antwortet, 813 Personen hätten am Losverfahren teilgenommen. Davon konnten 666 berücksichtigt werden.

**Herr Fooken** montiert die von Herrn Reibe verteilte Präsentation, die sehr großzügig verfasst sei. Er weist darauf hin, dass es möglich sei, eine Präsentation auch als Handzettel auszudrucken.

**Frau Spannhoff** erklärt, auch das „Haus für Kinder und Familien“ habe sich in diesem Jahr an dem Ferienpass beteiligen wollen und schriftlich Vorschläge eingereicht. Leider seien diese nicht angekommen und es habe sich auch nicht klären lassen, woran es gelegen habe. Sie bitte nunmehr um Auskunft, wie ihre Vorschläge beim nächsten Mal tatsächlich an die zuständige Stelle gelangen würden.

## Niederschrift Nr. 21 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

**Herr Reibe** entgegnet, ihm täte es leid. Jedoch könne er sich nicht erklären, wie das geschehen konnte. Sicherlich werde im Zuge der Personalveränderungen das bisherige Verfahren noch einem geprüft werden müssen.

**Frau E. Meyer** regt an, hinsichtlich der wenigen Teilnehmer in Barenburg eine Ursachenforschung zu betreiben.

**Herr Reibe** stimmt Frau Meyer zu. Er habe in seiner langjährigen Tätigkeit in Barenburg die Erfahrung gemacht, dass dort die Kinder und Jugendlichen sich erst sehr spät den Ferienpass kaufen würden, um besonders die Angebote der Schwimmbäder zu nutzen. Es sei immer ein Problem gewesen, dass die Kinder und Jugendlichen die Veranstaltungen wahrgenommen würden. Hier sei es vielleicht sinnvoll, eher Veranstaltungen anzubieten, die nicht anmeldepflichtig seien, sodass sich Interessierte auch spontan beteiligen könnten.

**Herr Sprengelmeyer** ergänzt, es sei geplant, alle Beteiligten einzuladen, um zu sehen, an welcher Stelle man eigentlich mit dem Ferienpass stehe. Sicherlich müsse man auch über die Strategien nachdenken und eine Zwischenbilanz ziehen.

**Frau Ryll** erklärt, sie habe die Erfahrung gemacht, dass alles am Geld hänge und mit jedem Jahr schlechter werde. Auch das Geld für den Ferienpass stehe in vielen Familien nicht mehr zur Verfügung. Ihrer Meinung nach sei dieses eine der Ursachen, warum in Barenburg die Beteiligung am Ferienpass sehr gering sei. Sie würde es auch unterstützen, dass in Emden Veranstaltungen für alle Kinder durchgeführt würden, ähnlich wie das Kinderfest.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**TOP 12** Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

### 1. Konzept Familienhebammen und Besuchsdienst

**Herr Sprengelmeyer** erklärt, in der letzten Jugendhilfeausschuss-Sitzung sei das Konzept Familienhebammen und Besuchsdienst vorgestellt und angekündigt worden, dass dieses Projekt im September starten werde. Durch personelle Schwierigkeiten würde sich der Start zum 01.11.2009 verschieben.

### 2. Projektantrag Suchtprävention

**Herr Sprengelmeyer** führt aus, es sei ein Projektantrag der Fachhochschule Emden/Ostfriesland zur Suchtprävention eingegangen. Auch würden dementsprechende Anträge der CDU-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE. vorliegen. Interfraktionell habe man sich verständigt, nach den Herbstferien die Rats- und Ausschussmitglieder zu einer Informationsveranstaltung einzuladen.

### 3. Sitzung des Jugendhilfeausschusses

**Herr Sprengelmeyer** bemerkt, die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses werde am 02.11.2009 stattfinden. Der vorgesehene Termin am 20.10.2009 könne nicht einhalten werden, da bis zu diesem Zeitpunkt die entsprechenden Vorlagen nicht gefertigt werden könnten.

## Niederschrift Nr. 21 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

### 4. Fördergelder des Landes Niedersachsen

**Herr Sprengelmeyer** erklärt, im Jugendbüro „Alte Post“ würden derzeit drei Projekte laufen, die über Mittel des Europäischen Sozialfonds und Landesmittel finanziert würden. Diese Landesmittel machten 38.000 € aus. Doch der Verwaltungsaufwand, der seitens der N-Bank aufgebaut werde, führe mittlerweile dazu, dass sich die Verwaltung hier um sich selber drehe. Die zwei Mitarbeiter, die eigentlich mit den Jugendlichen arbeiten sollten, seien nur noch damit beschäftigt, die Verwaltung zu organisieren und die Anfragen der N-Bank zu beantworten. Er habe der N-Bank und der ESF-Regiestelle Berlin signalisiert, dass man darüber nachdenke, das Pro-Aktiv-Center einzustampfen und auf diese 38.000 € zu verzichten. Einige dieser Projektansätze würden sich auch über die Kompetenzagentur in Berlin durchführen lassen. Es müssten hier Jugendliche erreicht werden, die es schwer hätten, so sozial und beruflich in die Gemeinschaft zu integrieren.

### 5. Personelle Veränderung im Fachdienst Jugendförderung

**Herr Sprengelmeyer** teilt mit, der bisherige Fachdienstleiter der Jugendförderung, Herr Eckhard Kühl, habe eine neue Herausforderung gesucht und die Stadt Emden verlassen. Im Landkreis Aurich habe er nunmehr die Möglichkeit, ein ganz anderes Tätigkeitsfeld zu übernehmen. Seine bisherige Stelle sei zunächst intern ausgeschrieben worden.

## **TOP 13**           Anfragen

### 1. Weiterbeschäftigung eines Gemeinwesenarbeiters

**Frau E. Meyer** erklärt, im Stadtteil Port Arthur/Transvaal werde ein Gemeinwesenarbeiter beschäftigt, der einen befristeten Vertrag habe. Sie bitte darum, diesen Mitarbeiter weiterzubeschäftigen, da er eine hervorragende Arbeit leiste.

**Herr Sprengelmeyer** entgegnet, es hätten diesbezüglich bereits Gespräche stattgefunden und derzeit werde nach einer Lösung gesucht. Auch die Stadt Emden möchte diesen Gemeinwesenarbeiter gerne weiterbeschäftigen.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.